

Sicherung des Friedens nur miteinander möglich

1

Im PaHeikollektiv bewegt uns die Frage: Was hat zur Verabschiedung des Gemeinsamen Dokuments von SED und SPD beigetragen, welche Wirkungen gehen von ihm für die internationale Dialogpolitik aus?

Wolfgang Baumann
Parteisekretär der LPG (P) Groß Neudorf

Anliegen der Politik der SED ist es beizutragen, die internationale Zusammenarbeit und den Dialog im Interesse der Sicherung des Friedens über Trennendes hinweg zu fördern. Prägnantes Beispiel dieses politischen Kurses war die Internationale Wissenschaftliche Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit - der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“ 1983 in Berlin.

Genosse Erich Honecker formulierte vor diesem Forum das grundsätzliche Herangehen der SED an die Politik der Vernunft und des Realismus:

„Da die Kampfbedingungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind, ist es verständlich, daß ihre Auffassungen von den Wegen, Formen, und Methoden des Kampfes um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt hier und da voneinander abweichen. Doch das wichtigste Anliegen bleibt es, den Frieden zu sichern, ihn zu stabilisieren. Darin sehen wir das vorrangigste Aktionsziel der gesamten Arbeiterbewegung, unabhängig davon, welchen Standpunkt ihre Parteien und Organisationen in jenen Fragen des Lebens in ihren Ländern beziehen.“

Diesem Anliegen dient auch das von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und von der Grundwertekommission der SPD vorgelegte Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Seit seiner Veröf-

fentlichung ist ein reichliches Jahr vergangen. Doch heute kann bereits gesagt werden, daß es eine nicht geringe Ausstrahlung auf die Ausarbeitung friedenssichernder Maßnahmen vor allem in Europa hat.

Der Dialog, dem aus Sicht der SED unverzichtbaren Instrument politischen Handelns, der sich mit realistisch denkenden Kräften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der BRD entwickelt hat, stellt einen bemerkenswerten Fortschritt im Verhältnis beider politischer Strömungen in der Arbeiterbewegung dar, die sich in der Vergangenheit bekanntlich nicht selten hart bekämpften. Nicht, daß es heute zwischen beiden Parteien keinen Streit und keine unterschiedlichen Auffassungen mehr gäbe! Zur Kultur des ideologischen Streits gehört es aber, und daran hat unsere Partei nie Zweifel gelassen, die Freiheit und das Recht zu besitzen, trotz gemeinsamer Standpunkte zu dem Menschheitsinteresse, deren oberstes Ziel darin besteht, ein nukleares Inferno zu verhindern, nicht von Klasseninteressen abzurücken und ideologischen Waffenstillstand nicht zuzulassen. Zur Kultur des Streits und zu politisch verantwortungsbewußtem Handeln gehört genauso, sich nicht in innere Angelegenheiten des Partners einzumischen. So haben SED und SPD Übereinstimmung erzielt, die Fragen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit zur Lösung von

Menschheitsproblemen als die entscheidenden Momente ihres gemeinsamen Standpunktes hervorzuheben. Wachsen ist die Zahl derer der sozialdemokratischen Führung in der BRD, die diesen formulierten Rahmen des gemeinsamen Handelns unterstützen und mittragen helfen. Positiv beeinflußt wurde damit eine Atmosphäre, die bei weiteren bi- und multilateralen Gesprächen und Vereinbarungen unter anderem mit der KPdSU, der KPTsqh oder der PVAP mit der SPD förderlich war.

Bilanziert man die Tätigkeit der gemeinsamen Arbeitsgruppen kommunistischer Parteien sozialistischer Länder und der SPD sowie die inzwischen zur Normalität gewordenen Treffen von Repräsentanten dieser Parteien, so ist festzustellen:

Erstens gibt es in grundlegenden Fragen der Friedenssicherung und Abrüstung zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und der Sozialdemokratie der BRD übereinstimmende oder sich nahekommende Positionen. Ihre Verbreitung hat dazu beigetragen, daß die antikommunistische Bedrohungslüge im Bewußtsein der Massen in der BRD immer mehr an Boden verliert.

Zweitens ermöglicht das Zusammenwirken beider Strömungen der Arbeiterbewegung, daß sich unterschiedliche politische Kräfte in den westlichen Ländern zur Aktionseinheit im Kampf um Frieden und Abrüstung zusammenfinden und der weltweiten Friedensbewegung ein zusätzliches Kräftepotential zuführen.

Drittens treiben die gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge die Diskussion in der Öffentlichkeit wie auch zwischen den Regierungen und Militärkoalitionen über konkrete Abrüstungsschritte voran und setzen Maßstäbe, denen sich gegenwärtige wie künftige - auch sozialdemokratisch geführte - Regierungen stellen müssen.

Viertens geben Kommunisten und Sozialdemokraten anderen